

In Nahost drängelt niemand zum Frieden

Aber keiner - auch nicht die bremsenden Palästinenser - möchte abgehängt werden

Von Josef Joffe

Wenn es in der Innenpolitik nicht weitergeht, wird eine Kommission gegründet; wenn man in der Außenpolitik nicht weiterweiß, geht man auf Reisen. Diese diplomatische Faustregel beherzigend, durchkreuzt der amerikanische Außenminister Warren Christopher seit voriger Woche den Nahen Osten: Kairo, Amman, Damaskus, Riad, Kuwait, Beirut - und jetzt Jerusalem. Was dabei herausgekommen ist? Offiziell nichts - kein Durchbruch, keine Sensation. Doch jenseits der Demarchen hat die Christopher-Mission zwei gewichtige Tatsachen bestätigt.

Die arabischen Regime wollen einen Deal mit Israel; die Palästinenser wollen ihn nicht - jedenfalls noch nicht. Lapidar verkündete ihre Sprecherin Hanan Ashrawi nach dem Treffen mit Christopher: 'Unter den derzeitigen Bedingungen glaube ich nicht, daß die Friedensgespräche fortgesetzt werden' - zuerst müssen alle zeitweilig verbannten Hamas-Leute aus dem libanesischen Niemandsland nach Israel zurückgebracht werden.

Daraus folgt, daß die PLO-treuen Palästinenser das Schicksal ihrer gefährlichsten Rivalen um die Macht zum Angelpunkt des Friedensprozesses machen wollen - oder zumindest so tun. Dieses Junktim - keine Rückholung, keine Gespräche - ist eine gewagte Strategie. Diese würde den friedensfeindlichsten Kräften in Nahost - den Möchtegern-Israel-Vernichtern vom Schlage Hamas und 'Islamischer Dschihad' - ein Veto-recht über den gesamten Friedensprozeß einräumen. Und dies liegt weder im Interesse der PLO noch der arabischen Regime. Ein ungenannter hoher Beamter im State Department brachte es auf den Punkt: 'Jene Araber, welche die Deportierten in den Mittelpunkt stellen, spielen in die Hände der Hamas.' Und weiter: 'Es ist höchste Zeit, zur Schlüsselfrage vorzudringen, und das ist das Aushandeln eines stabilen Friedens.'

Deshalb hat Christopher auch keinen Druck auf die Israeli ausgeübt und sich mit der Versicherung des Außenministers Peres zufriedengegeben, wonach die Ausweisung ein 'Ausnahmefall' und nicht Ausdruck einer

gezielten Politik gewesen sei. Immerhin hat auch Damaskus dem amerikanischen Emissär zu verstehen gegeben, daß es den Friedensprozeß nicht vom Schicksal der Verbannten abhängig machen wolle. All dies bedeutet, daß sich die PLO-treuen Palästinenser mit ihrem hochgespielten Junktim in eine selbstgebastelte Falle manövriert haben. Denn Kairo, Damaskus und Amman könnten sehr wohl und sehr bald die Geduld mit den Palästinensern verlieren und auf eigene Faust einen Deal mit Israel ansteuern.

Vorläufig aber scheint niemand von allzu großer Eile getrieben zu sein. Jedermann scheint eine längere Pause ins Auge zu fassen, die bis etwa Mitte April dauern wird. In der Zwischenzeit werden die Israeli ein paar kleinere Gesten machen, indem sie etwa die Überprüfung der Deportierten beschleunigen - und die Palästinenser werden gewiß einen guten Anlaß finden, ohne Gesichtsverlust an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Zwar drängelt nach einem vierzigjährigen Krieg niemand zum Frieden, aber abgehängt werden möchte auch keiner.